

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 17.09.2024

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grüner-Wasserstoff-Standort Niedersachsen - wie entwickelt sich die Infrastruktur?

Die schnelle und ausreichende Verfügbarkeit von Grünem Wasserstoff ist nach Auffassung von Fachleuten eine Voraussetzung für die Vollendung der Energiewende und die Transformation der niedersächsischen und deutschen Industrie hin zur Klimaneutralität. Hierfür ist es demnach erforderlich, zügig den Aufbau von Erzeugungskapazitäten für Grünen, mithilfe erneuerbarer Energien erzeugten Wasserstoff im industriellen Maßstab einzuleiten und voranzutreiben. Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 eine Elektrolysekapazität von 10 GW in Deutschland zu realisieren. Aus Klimaschutz- und Energiesystemsicht sollten Elektrolyseure vornehmlich in den Regionen mit Stromüberschüssen aus erneuerbaren Energien errichtet werden und so einen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien ins Energiesystem und zur Entlastung der Netze leisten. Zudem kann bei der Sektorkopplung Abwärme durch die Energieumwandlung anfallen, die im Sinne der Wärmewende möglichst sinnvoll genutzt werden sollte. Niedersachsen deckt bereits seinen Strombedarf bilanziell mit erneuerbaren Energien und baut beschleunigt die Stromerzeugung aus Wind- und PV-Anlagen aus. Darüber hinaus wird ein Großteil der Offshore-Windkraftkapazität hier angelandet. Damit verfügt Niedersachsen über die besten Voraussetzungen, zum zentralen Erzeugungsstandort für Grünen Wasserstoff in Deutschland zu werden.

Grüner Wasserstoff wird künftig vor allem in der Industrie, beispielsweise für die Stahlherstellung, sowie zur Langfristspeicherung erneuerbarer Energien und Rückverstromung in Wasserstoffkraftwerken eingesetzt werden. Zur Verbindung der Wasserstoffherzeugungs- und -importstandorte mit den erforderlichen Speichern sowie den industriellen Verbrauchern und Kraftwerken ist der Aufbau einer leistungsfähigen Transportinfrastruktur erforderlich. Hierfür haben die Fernleitungsnetzbetreiber einen gemeinsamen Antrag für den Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes, zum großen Teil über die Umwidmung von Gasleitungen, bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Mit seiner bereits bestehenden Gasfernleitungs- und -speicherinfrastruktur ist Niedersachsen dazu prädestiniert, zur Wasserstoffdrehscheibe für die Versorgung der deutschen Industrie und Energiewirtschaft mit Grünem Wasserstoff zu werden.

Der für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft von Fachleuten als unabdingbar angesehene Aufbau von Erzeugungskapazitäten und Infrastrukturen sowie die notwendigen Prozessumstellungen in der Industrie erfordern erhebliche Investitionen. Die damit verbundenen Risiken für Unternehmen der Energiewirtschaft und Industrie, die als First Mover vorangehen, müssen staatlicherseits durch Investitionszuschüsse, beispielsweise im Rahmen des Important Project of Common European Interest (IPCEI) Wasserstoff, abgedeckt werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche IPCEI-Wasserstoffprojekte für Elektrolyseure, Speicher und Leitungen in Niedersachsen werden mit welcher Summe gefördert und umgesetzt?
2. Wie ist der Stand des Wasserstoffkernnetzes insbesondere in Bezug auf die Sicherstellung der Zugänglichkeit von Wasserstoff in allen Regionen Niedersachsens, damit keine abgehängten Räume entstehen?
3. Wie unterstützt das Land das Hochlaufen und die Produktion von Grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, und was kann das Land dazu beitragen, dass der Aufbau der Wasserstoffproduktion mit der Stromnetzfrage und der Wärmewende zusammen gedacht wird?

Volker Bajus

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 18.09.2024)